



MARKTWIRTSCHAFT IN GEFAHR?

von Dr. Jörn Quitzau

Seit 2010 geht es mit der deutschen Wirtschaft bergauf. Deutschland hat die Nachwirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise mit Bravour überstanden, ebenso die Euro-Vertrauenskrise, die Brexit-Entscheidung und andere Negativmeldungen aus dem In- und Ausland. Neun Jahre wirtschaftlichen Erfolges sind eine lange Zeit. Möglicherweise eine zu lange Zeit, denn offenbar geht immer mehr das Bewusstsein dafür verloren, was die Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg der laufenden Dekade sind.

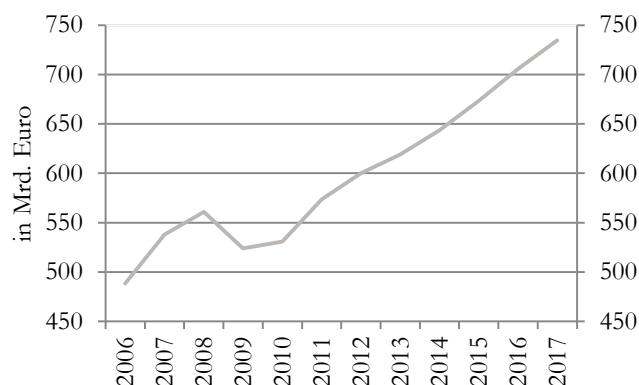
Es zeigt sich, dass marktwirtschaftliche Grundsätze zunehmend infrage gestellt werden. Die SPD möchte mit ihrem jüngst vorgestellten Reformpapier „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ die eigene Agenda 2010 hinter sich lassen.¹ Diese Reformagenda, mit der marktwirtschaftliche Mechanismen gestärkt wurden, war die Grundlage für den bemerkenswerten Umschwung am Arbeitsmarkt und für den kräftigen Aufschwung in der Wirtschaft. Eine solche Erfolgsgeschichte hinter sich lassen zu wollen, kann wohl hauptsächlich mit parteitaktischen Gründen erklärt werden. Oder braucht es wirklich einen neuen Sozialstaat für eine neue Zeit?

Doch nicht nur die vom politischen Bedeutungsverlust gezeichnete SPD möchte neue Wege beschreiten. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellte kürzlich seine „Nationale Industriestrategie 2030“ vor und setzt damit einen für CDU-Verhältnisse erstaunlichen wirtschaftspolitischen Akzent. Der Staat würde dem Strategiepapier zufolge eine neue, wichtigere Rolle in der Wirtschaft erhalten. Ist dies eine ideologische Kehrtwende oder eine sachgerechte Antwort auf den Wettbewerb mit China, wo der Staat eindeutig auf Industriepolitik setzt und damit die Spielregeln verändert?

Auch der Zeitgeist entfernt sich immer weiter von marktwirtschaftlichen Grundsätzen. Das Leistungsprinzip und die Eigenverantwortlichkeit sind in Teilen der Gesellschaft

nicht mehr en vogue, wie unter anderem die andauernden Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen zeigen. Stattdessen werden zunehmende Ungerechtigkeiten bei der Einkommensverteilung beklagt und der Ruf nach höheren Steuern – insbesondere am oberen Ende der Einkommensskala – verstummt selbst in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen nicht.

Steuereinnahmen in Deutschland



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

In der Spätphase des Aufschwungs gerät die Wachstumspolitik offenbar in die Defensive. Die gute wirtschaftliche Performance und der hohe Wohlstand werden zuweilen als selbstverständlich vorausgesetzt. Stattdessen richtet sich der Blick auf mehr Umverteilung und darauf, tatsächliche oder vermeintliche Fehlentwicklungen der Marktwirtschaft zu korrigieren.

Gerechtigkeit, Weitsicht, Umweltschutz, Sinnstiftung oder gar Moral – all das wird dem Markt kaum zugetraut. Und er gehört zu den Hauptverdächtigen als Verursacher der aktuellen gesellschaftlichen Spannungen. Dass dem Markt so wenig Vertrauen entgegengebracht wird und so viele negative Eigenschaften zugeschrieben werden, liegt gelegentlich auch an einem mangelhaften Verständnis marktwirtschaftlicher Prozesse. Gewiss sind Märkte nicht perfekt – das wissen wir nicht erst seit den Fehlentwicklungen, die zur Finanzkrise führten. Weil sie nicht perfekt sind, leben wir nicht in einer vollkommen freien und unregulierten, son-

¹ Vgl. dazu ausführlicher [Die neuen Sozialstaatsideen der SPD](#), Berenberg Makro vom 12. Februar 2019.

dern in einer sozialen Marktwirtschaft. Gemessen an der Staatsquote von rund 44 % des BIP spielt der Staat schon heute eine bedeutende Rolle.

Die Vorteile marktwirtschaftlicher Lösungen ergeben sich – bei allen Fehlern im Detail – immer aus der Qualität der verfügbaren Alternativen. Es ist deshalb falsch, Marktergebnisse an einem theoretischen Idealzustand zu messen. Wir möchten mit dieser neuen Publikationsreihe für verschiedene Bereiche prüfen, ob die Marktwirtschaft tatsächlich ein Problem ist oder ob sie sich doch eher als Lösung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme anbietet. In einer Zeit, in der die Digitalisierung wirtschaftliche Abläufe von Grund auf verändert und in der die gesellschaftliche Stimmung aufgewühlt ist, mögen die Antworten heute im Detail anders ausfallen als noch vor fünf oder zehn Jahren.

Dennoch ist das generelle Unbehagen gegenüber unserem Wirtschaftssystem nicht neu. Mit der globalen Finanzkrise sind Marktwirtschaft und Kapitalismus unter massiven Rechtfertigungsdruck geraten. Wir sind deshalb schon im Jahr 2013 gemeinsam mit dem Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) der Frage nachgegangen, ob das marktwirtschaftliche Modell seiner Verantwortung noch gerecht wird. Da die Kernaussagen unserer damaligen Publikation unverändert gültig sind, möchten wir sie zum Einstieg in die neue Publikationsreihe „Marktwirtschaft in Gefahr?“ noch einmal in Erinnerung rufen:²

- **Verantwortung und Wirtschaftssystem:** Häufig werden Vorbehalte gegen die Marktverteilung artikuliert, weil die Akteure eigennützig handeln. Sie werden weniger von guten Absichten geleitet, sondern hauptsächlich von einem eigennützigem Gewinnmotiv. Die Marktwirtschaft legitimiert sich moralisch aber nicht durch gute Motive der Handelnden, sondern durch gute Ergebnisse des Systems („Verantwortungsethik“).
- **Einkommensverteilung:** In einer Marktwirtschaft gilt das Prinzip von Leistung und Gegenleistung. Wer mehr leistet, verdient mehr. Hohe Einkommen sind im Regelfall Ausdruck höherer Begabungen, besserer Qualifikationen und höherer Einsatzbereitschaften. Dass es in den vergangenen Jahren auf der Einkommensskala eine Reihe bemerkenswerter Ausreißer nach oben gab, liegt aber selten an entsprechender Mehrleistung, son-

dern oft am Faktor Glück. Die Globalisierung hat nämlich im Zusammenspiel mit dem technischen Fortschritt Märkte geschaffen, die nach dem Prinzip „The winner takes it all“ funktionieren (z. B. im Profisport und im Showgeschäft). So entfällt inzwischen knapp die Hälfte aller amerikanischen Einkommen auf die obersten 10 % der Einkommenspyramide. Ein Teil der „Glücksdividende“ wird durch die progressive Steuer abgeschöpft und damit der Allgemeinheit zugeführt.

- **Verantwortung und Steuern:** In Deutschland entziehen sich Besserverdienende ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht. Die obersten 10 % der Einkommenspyramide bringen rund 55 % des Einkommenssteueraufkommens auf. Auch unter Berücksichtigung der übrigen Steuern und der Sozialabgaben bleibt der Befund bestehen: Starke Schultern kommen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach. Wenn sich allerdings einzelne Bürger dem steuerlichen Zugriff entziehen, stellt sich die Frage, wie die Steuermoral verbessert werden kann. Die Steuermoralforschung kommt zu dem Ergebnis, dass die Politik diverse Ansatzpunkte hat – so wirkt sich z. B. ein hohes Maß an direkter Bürgerbeteiligung positiv aus. Zugespitzt formuliert: Ein gut organisierter, effizienter und an den Bedürfnissen der Bürger orientierter Staat hat vergleichsweise geringe Probleme, seine Steuern einzutreiben. Dagegen muss ein verschwenderischer, bürokratischer und an den Bedürfnissen der Bürger vorbei regierender Staat mit erheblichen Steuerwiderständen rechnen.
- **Verantwortung und Vermögen:** An vielen Stellen wird die Übernahme von Verantwortung deutlich: Das gesellschaftliche Wirken von Unternehmerfamilien wird heute unter dem Begriff „Family Philanthropy“ zusammengefasst. Unternehmen bündeln ihr Engagement unter dem Stichwort „Corporate Social Responsibility“. Vermögende Personen achten bei der Geldanlage zunehmend auf ethische und soziale Kriterien. Manche gründen eine Stiftung – von den fast 20 000 rechtlich selbständigen Stiftungen in Deutschland widmen sich die meisten Stiftungen sozialen Zwecken. In den USA haben Bill und Melinda Gates zusammen mit Warren Buffet die moralisch bindende Kampagne „The Giving Pledge“ ins Leben gerufen. Sie wollen mit der Kampagne erreichen, dass die wohlhabendsten Menschen Amerikas (und darüber hinaus) einen erheblichen Teil ihres Vermögens philanthropischen Zwecken zukommen lassen.
- **Wachstum, Verteilung, Verantwortung:** Die Wechselwirkungen zwischen Wachstum und Einkommens-

² Vgl. ausführlich Berenberg/HWWI (2013), [Verantwortung](#).



verteilung sind vielfältig und komplex. Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik steht deshalb mit Blick auf die Einkommensverteilung vor einer sehr schwierigen Aufgabe: Einerseits dürfen durch Umverteilung die Leistungs- und Investitionsanreize nicht zerstört werden, um das Wachstum nicht abzuwürgen, andererseits muss die Verteilung so ausgewogen sein, dass sie gesellschaftlich akzeptiert wird, weil sonst Reibungsverluste und dadurch ebenfalls Wachstumseinbußen drohen. Positiv sind staatliche Bildungsinvestitionen, die vorzugsweise bereits im sehr frühen Kindesalter ansetzen. Damit legt der Staat den Grundstein für künftiges Wachstum und er leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, weil er die beruflichen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten für diejenigen verbessert, deren Familien die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. Der Staat übernimmt damit im besten Sinne Verantwortung für alle Mitglieder der Gesellschaft.

**BERENBERG**

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

IMPRESSUM

Makro-Team

Chefvolkswirt

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt
+49 40 350 60-8021 | holger.schmieding@berenberg.de

Hamburg

Dr. Jörn Quitzau
+49 40 350 60-113 | joern.quitzau@berenberg.de

London

Dr. Florian Hense
+44 20 3207 -7859 | florian.hense@berenberg.com

Kallum Pickering

+44 20 3465 -2672 | kallum.pickering@berenberg.com

New York

Dr. Mickey Levy
+1 646 949 -9099 | mickey.levy@berenberg.com

Roiana Reid

+1 646 949 -9098 | roiana.reid@berenberg.com

Berenberg Makro erscheint
zu folgenden Themen:

Aktuelles
Geldpolitik
Konjunktur
Schwellenländer

► Trends
Währungen

www.berenberg.de/publikationen

Wichtige Hinweise: Dieses Dokument stellt keine Finanzanalyse im Sinne des § 34b WpHG, keine Anlageberatung, Anlageempfehlung oder Aufforderung zum Kauf von Finanzinstrumenten dar. Es ersetzt keine rechtliche, steuerliche und finanzielle Beratung. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren auf allgemein zugänglichen Quellen und berücksichtigen den Stand bis zum Tag vor der Veröffentlichung. Nachträglich eintretende Änderungen können nicht berücksichtigt werden.

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
Neuer Jungfernstieg 20
20354 Hamburg
Telefon +49 40 350 60-0
www.berenberg.de
info@berenberg.de